

Probleme eines wirtschaftlichen Rückschlages in den USA

I.

Es sind vor allem zwei Faktoren, die in den Vereinigten Staaten die Prosperität im Jahre 1952 und in den unmittelbar hinter uns liegenden Monaten veranlaßt haben: die Steigerung der Militärausgaben, die bisher noch nicht abgeschlossen ist, und die gewaltigen privaten Kapitalinvestitionen, die nunmehr bereits eine Reihe von Jahren vor sich gehen. So verschieden auch im einzelnen die Voraussagen für die Zukunft waren, in einem Punkte waren sich die Wirtschaftsfachleute einig: Es ist nicht anzunehmen, daß die Steigerung der Militärausgaben *und* die außerordentliche Höhe der privaten Investitionen noch für Jahre anhalten werden. Von mancher Seite wird bereits in der zweiten Hälfte 1953 ein ökonomischer Rückschlag erwartet, andere rechnen damit erst 1954 oder gar 1955.

Es ist in diesem Zusammenhang außerordentlich wichtig, daß dieser Rückschlag nicht nur deshalb für wahrscheinlich gehalten wird, weil die Militärausgaben, wenn sie einen gewissen Umfang erreicht haben, stabil bleiben oder gar zurückgehen, sondern auch darum, weil die privaten Kapitalinvestitionen nicht mehr sehr lange auf dem heute so außerordentlich hohen Niveau bleiben werden. So erklärte zum Beispiel *Alfred P. Sloan jr.*, Präsident der General Motors Corporation, „daß zwar die Aufrüstung in einem gewissen Grade das Niveau der Produktion und Beschäftigung bestimmen wird, andere Faktoren aber auf eine Periode wirtschaftlicher Anpassung (adjustment) im Jahr 1954 oder 1955 hinweisen . . . Die Industrie kann auf die Dauer ihre ausgedehnten Kapitalinvestitionen nicht aufrechterhalten.“

In diesem Punkt besteht eine Übereinstimmung zwischen Sloan und einigen National-ökonomern, die lange Zeit mit den wirtschaftlichen Beratern Präsident *Trumans* zusammengearbeitet haben. So heißt es zum Beispiel in einem außerordentlich lesenswerten Buch von *Prof. Gerhard Colm*¹⁾: „Wenn die Verteidigungsausgaben zurückgehen oder gerade

1) „The American Economy in 1960“, herausgegeben von der Planning Association in Washington.

in der Zeit verkürzt werden, in der die privaten Investitionen einen konjunkturellen Tiefpunkt erreichen, würde das einen ersten Rückschlag zur Folge haben.“ Prof. Colm hält sogar einen Rückschlag für möglich, *bevor* die militärischen Ausgaben zurückgehen. „Es ist möglich, daß ein wirtschaftlicher Niedergang sogar einsetzt, ehe die Verteidigungsausgaben reduziert werden, falls die Industrie beginnt, ihre Investitionen zu kürzen.“ Über die gesamte Lage schreibt er: „Es ist nicht sicher, daß eine weitere Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht zu einer neuen Inflation führt (falls ihr nicht ein straffes Stabilisierungsprogramm entgegengesetzt wird). Wir haben auch keine Gewißheit, daß eine Verringerung der Militärausgaben nicht mit einem konjunkturellen Abschwung zusammentrifft und diesen sogar noch verschärft (sofern man dieser Entwicklung nicht mit einem wirkungsvollen Aufbauprogramm entgegenarbeitet).“

Von manchen Kreisen werden Befürchtungen, daß ein Rückgang der militärischen Ausgaben zu einer Krise führen könne, für falsch oder doch stark übertrieben gehalten. Dabei wird folgendes Argument gebraucht: 1953/54 werden die militärischen Ausgaben voraussichtlich um nicht mehr als 15 Milliarden Dollar zurückgehen. Bei Beendigung des Krieges 1945 dagegen gingen sie um ein Vielfaches davon zurück, und damals trat keine Krise ein — warum also dieses Mal? Zur Widerlegung dieses Arguments ist es notwendig, kurz die entscheidenden Unterschiede der heutigen Situation gegenüber der von 1945 zu skizzieren. Es ist richtig, daß die militärischen Ausgaben seinerzeit ungleich stärker zurückgingen als für 1953/54 zu erwarten ist. „Nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wurden die jährlichen Ausgaben der Bundesregierung um 110 Milliarden Dollar (in Werten von 1951) reduziert. Dieser Vorgang spielte sich in den Finanzjahren von 1945 bis 1947 ab“ (Colm). Aber in der gleichen Zeit ging die Produktion im Vergleich zu der im Kriege um nicht weniger als 50 Milliarden zurück. Trotz dieses gewaltigen Rückgangs stieg damals die Arbeitslosigkeit nur um 1,6 Millionen, und der Grund für diese verhältnismäßig geringe Steigerung der Arbeitslosigkeit war, daß während des Krieges in großem Umfang Überstunden geleistet wurden, daß weiter Millionen von Alten, Jugendlichen und Frauen, die im Krieg gearbeitet hatten, aus der Produktion ausschieden. Heute dagegen ist die Situation in diesem Punkte völlig anders. Es werden nicht so viele Überstunden geleistet, und die Alten, Jugendlichen und Frauen werden nicht so in Anspruch genommen wie im Krieg. Würde heute die Produktion in gleicher Weise zurückgehen wie unmittelbar nach dem Kriege, so würde ein ganz gewaltiger wirtschaftlicher Rückschlag eintreten. Prof. Colm schreibt mit Recht: „Wenn die Gesamtproduktion von 1952 bis 1954 um 14 vH. fallen würde — das ist der gleiche Prozentsatz, um den die Produktion von 1944 bis 1946 zurückging —, wäre ein beträchtliches Ansteigen der Arbeitslosigkeit, wahrscheinlich über die Grenze des Erträglichen hinaus, unvermeidlich.“

Abgesehen aber von der völlig verschiedenen Lage auf dem Arbeitsmarkt ist auch in anderen Punkten die Situation grundverschieden von der nach Beendigung des zweiten Weltkrieges. Damals wurde das Loch, das durch die Verringerung der Militärausgaben entstand — in der Größenordnung von etwa 60 Milliarden heutiger Dollar —, durch eine Steigerung der Ausgaben für Konsumgüter und durch private Investitionen ausgefüllt. Damals zeigte sich eine gegenläufige Bewegung zwischen Militärausgaben auf der einen und privaten Investitionen auf der anderen Seite. Der Rückgang der Militärausgaben war begleitet von einer ganz erheblichen Steigerung der privaten Investitionen. Heute dagegen besteht die Gefahr gerade darin, daß nach vielen Jahren stärkster privater Investitionen der Rückgang der Militärausgaben in die *gleiche Zeit* fallen kann, in der die privaten Investitionen zurückgehen.

Die Gefahr, die aus dieser Gleichzeitigkeit im Rückgang der Militärausgaben und der privaten Investitionen entstehen kann, hat zwei wirtschaftliche Ratgeber der Truman-Administration, *Keyserling* und *Turner*, veranlaßt, in ihrem letzten Bericht ein ganzes

Kapitel der Politik zu widmen, die ihrer Meinung nach notwendig ist, um die Prosperität aufrechtzuerhalten, weil „in absehbarer Zeit die vorherrschenden wirtschaftlichen Risiken, mit denen man fertig werden muß, eher deflationistisch als inflationistisch sein könnten“. Ihr Vorschlag für die Bekämpfung eines kommenden ökonomischen Rückschlages ist ein New-Deal-Programm. Der dritte wirtschaftliche Berater in der Truman-Administration, *Clark*, hat sich ausdrücklich gegen dieses Kapitel gewandt und dabei erklärt, daß es nicht notwendig sei, sich bereits heute mit dieser Frage zu beschäftigen. Er lehnte den Inhalt der Vorschläge von Keyserling und Turner ab.

Bei der Zusammensetzung der heutigen Administration und des Kongresses ist es durchaus möglich, daß nichts Ernsthaftes geschieht, um einen eventuell kommenden ökonomischen Rückschlag zu verhindern.

Das bedeutet aber keineswegs, daß man einem Rückschlag so untätig zusehen wird wie seinerzeit die Hoover-Administration der Krise von 1929. Alle Fachleute sind sich einig, daß man *früher* eingreifen wird. So schreibt Prof. Colm: „Es wird heute allgemein anerkannt, daß die Regierung im Falle eines ernststen Rückschlages positive Gegenmaßnahmen einleiten muß. Wenn es auch nicht sicher ist, daß solche Maßnahmen frühzeitig genug eingeleitet werden, um einen Rückschlag zu verhindern, so können sie doch wenigstens der Entwicklung des Rückschlages in eine Depression vorbeugen.“ Ebenso erklärte Alfred P. Sloan jr. in seiner bereits zitierten Rede: „Es ist klar, daß die Bevölkerung nicht bereit ist, wieder die Härten einer Depression auf sich zu nehmen. Sie wird in ihrer Verzweiflung irgendwelche Regelungen verlangen, ob sie nun vernünftig oder unvernünftig sind.“

II.

Es sind nicht nur innerpolitische Gründe, die *jede* amerikanische Regierung bei einem eventuellen wirtschaftlichen Rückschlag veranlassen werden, sehr schnell entsprechende Maßnahmen zu seiner Bekämpfung einzuleiten, sondern auch außenpolitische. Sie werden sofort klar, wenn wir die Lage bei einem ökonomischen Rückschlag in den nächsten Jahren mit der um 1929 vergleichen. Zu Beginn der großen Weltwirtschaftskrise war die russische Produktion kaum halb so groß wie die französische; sie erreichte kaum ein Drittel der deutschen. Als die Krise um 1933 auf ihrem Tiefpunkt angelangt war, hatten die Russen eine andersartige, aber ebenso schwere Krise: Infolge der Kollektivierung gingen die Ernteerträge und die Viehbestände weit unter das Niveau der Zeit unter dem Zarismus zurück. Heute dagegen ist Rußland der zweitgrößte Industriestaat der Welt, und seine Schwerindustrie produziert mehr als die gesamte deutsche Industrie im Jahre 1941. Jede lang andauernde ökonomische Schwächung der USA würde automatisch eine Stärkung Rußlands bedeuten. In der gleichen Richtung wirkt ein zweiter — und vielleicht noch wichtigerer — Faktor: die ökonomisch außerordentlich gefährdete Position ganz Westeuropas und Englands bereits *vor* einem ökonomischen Rückschlag in den USA. In den Jahren nach dem ersten Weltkrieg, in den Jahren vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, war die wirtschaftliche Lage in Europa auch nicht allzu gut, aber damals gab es keine Dollarlücke. Die Auslandsguthaben Englands allein betragen in den 20er Jahren ungefähr vier Milliarden damaliger Pfund, das waren 20 Milliarden Dollar mit der Kaufkraft von 1929, das heißt 40 Milliarden heutiger Dollar. England ging in die Weltwirtschaftskrise von 1929 als großer Gläubiger, und auch in Frankreich gab es noch beträchtliche Auslandsguthaben. Die Krise in den USA verschärfte zwar die Lage in England und Frankreich, aber der Rückgang in der Produktion war in diesen beiden Ländern geringer als in den USA. Deutschland war bereits damals verschuldet; und wenn in der Krise von 1929 die deutsche Produktion sich fast halbierte, dann nicht zuletzt darum, weil Deutschland in den ersten Jahren der Krise alle Kredite gekündigt wurden und die Auslandsguthaben geringfügig waren.

Heute ist die Situation wesentlich anders. Die europäischen Länder hatten in all den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg einen Dollarmangel. Heute hat nicht nur Deutschland Schulden, sondern der ganze europäische Kontinent einschließlich England ist ein Schuldnerkontinent. Seine Schulden sind größer als alle seine Kapitalguthaben außerhalb seiner Grenzen. Eine europäische Krise würde daher auf ein Europa stoßen, das bereits in den acht, neun Jahren vor der Krise nur mit amerikanischer Hilfe seine Außenhandels- und Zahlungsbilanz in Ordnung bringen konnte, auf ein Europa, das daher ungleich mehr verwundbar ist. Dazu kommt noch, daß im Fall eines ökonomischen Rückschlages der amerikanische Außenhandelssektor besonders empfindlich ist. „Die Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECA)“, schreibt der Economist, „hat auf Grund der Erfahrungen, die man in der Krise des Jahres 1930 und der Rückschläge von 1938 und 1949 machte, geschätzt, daß die Gesamteinfuhr der USA etwa um ein Viertel, die Importe aus dem Sterlinggebiet um rund ein Drittel fallen werden, wenn der Verbrauch in den Vereinigten Staaten um 4 vH zurückgeht . . . Nach einer der neuesten Schätzungen der Vereinten Nationen wird ein Rückgang in der amerikanischen Beschäftigungslage um 4 vH die Weltdollarlücke um mehr als 10 Milliarden jährlich vergrößern.“ England hat größere Gold- und Devisenbestände als zum Beispiel Deutschland. Wie sich aber auch in England die Lage gegenüber der vor dem zweiten Weltkrieg gewandelt hat, geht sehr deutlich aus einem UNO-Bericht über die wirtschaftliche Situation in Europa im Jahre 1951 hervor. Dort heißt es:

„Unterschiede im Niveau des Produktionsumfangs und des Außenhandels in den einzelnen Ländern waren durchaus normale Erscheinungen des wirtschaftlichen Lebens in früheren Perioden, aus mehreren Gründen haben aber heute schon geringe Störungen ernsthafte Rückwirkungen auf den internationalen Zahlungsverkehr im allgemeinen und auf die Position der europäischen Länder im besonderen zur Folge. Ein wichtiger Grund ist der Umstand, daß die Erhöhung der Bankreserven seit dem Kriege nicht Schritt gehalten hat mit der starken Erhöhung der internationalen Preise und des Umfangs des Welthandels gegenüber der Vorkriegszeit.

So gingen die gesamten Exporte des Sterlingblocks nach den USA während der Krise des Jahres 1938 um mehr als ein Drittel ihres Umfangs und um fast 50 vH ihrer Dollarwerte zurück — verglichen mit dem Stand von 1937 —, und das entsprechende Defizit in der Zahlungsbilanz der Sterlingländer reduzierte die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens von 3,3 Milliarden Dollar Ende 1937 auf 2,5 Milliarden Ende 1938. Diese Bewegungen gaben jedoch keinerlei Anlaß zu ernsthaften Bedenken. Selbst nach dieser Abwärtsentwicklung waren die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens noch immer beinahe so groß wie die gesamten Importe des Sterlinggebietes aus dem Dollarraum und aus Westeuropa während des Jahres 1938. Im Gegensatz dazu betrug die Gold- und Dollarreserven Großbritanniens Ende 1951 — obwohl sie noch weit über dem Tiefpunkt im September 1949 lagen — nur noch etwa ein Drittel des Gesamtwertes der Importe des Sterlingblocks aus dem Dollarraum und Westeuropa im Verlaufe dieses Jahres.“

Ein lang anhaltender wirtschaftlicher Rückschlag in Amerika könnte große Gefahren für ganz Europa mit sich bringen — wie übrigens auch für Japan — und wäre damit ein schwerer Schlag für die gesamte amerikanische Außenpolitik. Daher sind es neben den innenpolitischen entscheidende außenpolitische Gründe, die *jede* amerikanische Regierung veranlassen werden, bei einem Rückschlag schneller einzugreifen als in der Krise, die 1929 begann.

III.

Die Feststellung, daß innen- und außenpolitische Faktoren dazu zwingen, einem wirtschaftlichen Rückschlag nicht passiv zuzusehen, gibt uns noch keine Antwort auf die Frage, auf welchem Wege man eine Krise bekämpfen wird. Wäre eine Regierung an der

Macht, die der Roosevelt-Tradition folgte, so wäre voraussichtlich die Antwort: ein neuer New Deal, der noch tiefer in die amerikanische Wirtschaft einzugreifen hätte als seinerzeit der, der nach der Weltwirtschaftskrise begann; denn der alte New Deal konnte die Arbeitslosigkeit nicht völlig beseitigen. Dieser neue New Deal würde versuchen, den Verbrauch zu erhöhen und die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten weiter zu stärken. So heißt es zum Beispiel in dem mehrfach zitierten Buch von Prof. Colm: „Eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Studie ist die Tatsache, daß während der Periode des Übergangs zu einer Wirtschaft verringerter Verteidigungsausgaben und -investitionen der Verbrauch nicht nur absolut, sondern auch prozentual zunehmen muß . . . Da etwa zwei Drittel des persönlichen Einkommens aus Löhnen und Gehältern besteht, erfordert die Anpassung an eine Verringerung der Verteidigungsausgaben, daß die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter in dieser Periode ein wenig stärker ansteigt als die Wachstumsrate der Wirtschaft.“

Es ist nicht anzunehmen, daß die Eisenhower-Administration die staatliche Macht dafür einsetzen wird, um über eine Erhöhung der Löhne und der Kaufkraft der breiten Massen den Weg zur Überwindung einer Krise zu finden. Dann bleiben theoretisch zwei andere Möglichkeiten: 1. Eine Erweiterung des Punkt-Vier-Programms, 2. eine neue Verstärkung der Militärausgaben. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß ein Punkt-Vier-Programm ausreicht, um einen starken ökonomischen Rückschlag zu überwinden. Die militärischen Ausgaben sollen nach den bisherigen Vorstellungen um 15 bis 20 Milliarden jährlich zurückgehen. Wenn in der gleichen Periode die Ausgaben für ein Punkt-Vier-Programm bereits 4 bis 6 Milliarden Dollar jährlich betragen würden, läge es im Bereich des Möglichen, eine solche Steigerung vorzunehmen, daß die dann eintretende Lücke ausgefüllt werden könnte. Aber sie belaufen sich 1953 nur auf einige 100 Millionen Dollar; und nichts spricht dafür, daß die heutige Administration, daß der heutige Kongreß 1953 oder 1954 die Ausgaben für das Punkt-Vier-Programm verzehnfachen oder verzehnfachen wird. Es ist jedoch möglich, daß diese Ausgaben, wenn ein Rückschlag einsetzt, von einigen 100 Millionen Dollar *plötzlich* auf viele Milliarden gesteigert werden. Da aber auf jeden Fall schneller als seinerzeit in der großen Weltwirtschaftskrise eingegriffen werden muß, spricht vieles dafür, daß, wenn ein Rückgang der Militärausgaben zu einem Rückschlag oder gar zu einer Depression führt, sich eine Politik in Richtung auf eine neue Steigerung der Militärausgaben durchsetzen wird.

Eine Begründung für diese Politik kann bei der heutigen weltpolitischen Situation sehr leicht gefunden werden. Als nach dem Beginn des koreanischen Krieges die große Steigerung der Militärausgaben einsetzte, wurde erklärt, daß man mit den Russen nur auf der Basis der militärischen Stärke verhandeln könne und daß man ihren militärischen Vorsprung einholen müsse. Ungefähr um 1954 glaubt man Rußlands militärische Stärke erreicht zu haben, das heißt, im militärischen Sektor 50:50 zu stehen. Warum aber — so kann dann argumentiert werden — bei diesem Stärkeverhältnis stehen bleiben? Die USA produzieren heute mehr als dreimal soviel Stahl wie die Russen. Warum nicht einen militärischen Sektor schaffen, der nicht nur dem russischen gleicht, sondern überlegen ist, warum nicht einen militärischen Sektor schaffen, der sich nicht wie 50:50 zum russischen verhält, sondern vielleicht 60:40, einen Sektor, der die Möglichkeit gibt, die Stärke Amerikas sowohl in Europa wie in Asien zu erhöhen? Gerade darum, weil die Regierung Eisenhower und die Mehrheit im Senat und Repräsentantenhaus, auf die sie sich stützt, Maßnahmen in der Richtung eines New Deal nur widerstrebend, nur zögernd, nur in kleinem Umfang — wenn überhaupt — durchführen wird, besteht eine gewisse Wahrscheinlichkeit, daß sie in der Richtung gehen wird, den militärischen Sektor dann wieder zu verstärken. Die Gefahren einer solchen Politik sind außerordentlich groß. Um so notwendiger ist es, ihnen schon jetzt ins Auge zu sehen und Pläne auszuarbeiten, um ihnen zu begegnen.